

OHNE UNTERSCHIEDE

Für einen fairen Umgang mit Muslimen

Ohne Unterschiede – für einen fairen Umgang mit Muslimen e. V.

Informationsblatt 3. Juli 2025

Wer wir sind:

Gegründet 2018; Satzung vom 30.05.2018, zuletzt geändert am 30.11.2022;
letzte Eintragung im Vereinsregister am 16.05.2024.

Vorstand: Martin Germer, Pfarrer i. R.; Prof. Dr. Werner Schiffauer, Viadrina-Universität;
Werner Graeßle, Präsident Amtsgericht Lichtenberg

Weitere nicht-muslimische Mitglieder mit Expertise aus Islamwissenschaft, Recht,
Polizei und Verfassungsschutz, Kirchen, Politik.

Muslimische Einzelmitglieder aus unterschiedlichen Zusammenhängen.

Umgebendes Netzwerk von Akteur:innen und weiteren Expert:innen.

Wir wollen dazu beitragen, dass muslimisches Leben in Berlin sich weiter entfalten kann und in seiner Vielfalt als Teil der pluralen, grundrechtsbasierten Gesellschaft wahrgenommen wird:

Muslimisches Leben ist religiös und kulturell sehr vielfältig. Es gibt nicht „den Islam“ oder „die Muslime“. Es gibt auch keine übergreifende und gesellschaftlich handlungsfähige Organisationsstruktur analog zu den großen Kirchen oder dem Zentralrat der Juden.

Dabei bewegt sich muslimisches Leben im **Spannungsfeld** zwischen religiösen und kulturellen Traditionen aus den unterschiedlichen **Herkunftsländern**, den Vorgaben aus den **internationalen Zentren islamischer Theologie- und Rechtsbildung** und den Gegebenheiten, Impulsen und Möglichkeiten der **hiesigen Gesellschaft**.

Aufgrund unserer zahlreichen Kontakte in die verschiedenen muslimischen Communities hinein sehen wir dort vielfältige Entwicklungen, die öffentlich noch nicht genügend wahrgenommen werden.

Diese haben **im Rahmen des deutschen Religionsverfassungsrechts** Anspruch auf grundsätzliche Bejahung und positive Wahrnehmung. Die muslimischen Gemeinschaften haben wie alle Religionsgemeinschaften das **Recht zu eigenständiger Entfaltung in einem eigenen Entwicklungstempo**.

Muslimische Projekte, die an vielen Orten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen, sind wahrzunehmen und zu würdigen. Sie verdienen Unterstützung und Förderung. Das **Subsidiaritätsprinzip** gilt für muslimische Einrichtungen und Projekte ebenso wie für christliche, jüdische oder religiös ungebundene.

Die Akteur:innen suchen und entwickeln **Vernetzung untereinander**, um sich gegenseitig zu unterstützen und voneinander lernen zu können.

Darüber hinaus brauchen sie **Anlässe und Räume zur Begegnung** mit anderen Religionsgemeinschaften, anderen Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie mit relevanten Akteur:innen in Politik und Verwaltung. Hierzu in Berlin wichtig: Islamforum (seit 2005), House of One (2011), Meet2Respect (2013), Berliner Forum der Religionen (2014), Deutsche Islam-Akademie (2018), Rat Berliner Imame (2021) sowie im Bereich der Jugendarbeit: kiezeinander (2018).

Wir treten ein für eine realistische und differenzierte Wahrnehmung muslimischer Wirklichkeit und Vielfalt in Berlin:

Muslimisches Leben hat sich in zunehmender Breite seit den 1960er-Jahren in Deutschland gebildet und entwickelt sich weiter. Leitende Personen und Organisationen befinden sich in einem **stetigen, bisweilen auch in einem diskontinuierlichen Lern- und Entwicklungsprozess** und mit ihnen viele der Musliminnen und Muslime, die in Deutschland leben.

Viele Muslim:innen sind durch Ausbildung, Beruf und Freizeitaktivitäten **längst gesellschaftlich integriert** oder waren es schon von klein auf.

Zugleich vollbringen, in Anbetracht der großen Vielfalt der Herkünfte, viele muslimische Vereine und Gemeinden in ihren alltäglichen Vollzügen ständig erhebliche **Integrationsleistungen nach innen**. Und sie unterstützen zahlreiche ihrer noch nicht so lange hier lebenden Gläubigen bei der Orientierung und beim Hineinfinden in die Gesamtgesellschaft. Dabei müssen sie immer wieder neu auch deren Prägungen und Erwartungen berücksichtigen.

Es gibt mehrere unterschiedlich große **Verbände** – und innerhalb dieser Verbände manches an Entwicklung, im Laufe der Jahrzehnte und aktuell. Aber Veränderungen brauchen Zeit – wie in jeder gesellschaftlichen Organisation, wie auch in den Kirchen.

Daneben sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten neue **Initiativen mit innovativen Ansätzen** entstanden. Da gibt es eigenständige Gemeinden, Vereine, Projekte – manche davon mit Pilotfunktion. Doch auch in den traditionellen Verbänden entwickelt sich deutlich mehr, als medial wahrnehmbar ist.

Sowohl in den Gemeinden und Vereinen als auch in den Verbänden geschieht das allermeiste **ehrenamtlich** oder wird direkt **aus Spenden** der jeweils verbundenen Muslime

finanziert. Mitglieder in formalem Sinne gibt es nach islamischer Tradition nur relativ wenige und damit auch nur wenig im rechtlichen Sinne verpflichtende Mitgliedsbeiträge.

Muslimische Gemeinden und Organisationen sind hinsichtlich ihrer personellen und finanziellen Ressourcen nicht zu vergleichen mit den großen Kirchen, ihrem Kirchensteuersystem und ihren anderen Einnahmequellen, und **auch nicht mit den jüdischen Gemeinden**, von denen etliche in erheblichem Maße staatlich unterstützt werden. Selbst Imame wirken oft ehrenamtlich oder verdienen ihren Lebensunterhalt vornehmlich in anderen Berufen.

Das **Internet** spielt für die muslimische Glaubenskommunikation besonders bei Jüngeren eine große Rolle. Es ermöglicht die Teilnahme an Veranstaltungen, die deshalb oft gestreamt werden, und vermittelt Impulse aus anderen Teilen der Welt.

Insbesondere unter jüngeren Muslim:innen werden zunehmend **Impulse aus den USA und anderen Ländern** aufgenommen, um religiöses Leben und Denken mit aktuellen gesellschaftlichen Erfahrungen zu verknüpfen; das Spektrum reicht bis zu Impulsen eines muslimischen Feminismus. Gleichzeitig verlieren Einflüsse aus den Herkunftsländern der vorherigen Generationen teilweise an Bedeutung.

Daneben gibt es im Internet **auch problematische, autoritativ und vereinfachend gegen plurale Gesellschaften gerichtete Impulse aus internationalen sozialen Netzwerken**. Dies stellt muslimische Akteur:innen vor Ort vor besondere Herausforderungen, und sie nehmen diese auch an. Freilich führt das diskursive Einlassen auf die entsprechenden kulturellen und religiösen Codes dann in der Außenwahrnehmung nicht selten zu Fehldeutungen und Verdächtigungen, insbesondere, wenn dabei nur auf bestimmte Stichworte oder Formulierungen geachtet wird, ohne den Kontext zu beachten. Derartige **methodische Fehler** lassen sich zum Beispiel häufiger bei Einschätzungen von Verfassungsschutz-Dienststellen feststellen.

Es gibt einzelne muslimische Akteur:innen, Gemeinden, Vereine, deren Denken, Reden und Handeln aus Sicht der pluralistischen, grundrechtsbasierten Gesellschaft nicht akzeptiert werden kann oder von denen sogar **Gefahren für die öffentliche Sicherheit** ausgehen. Im Gesamttraum des in Deutschland gelebten und organisierten Islam stellen diese aber nur eine relativ kleine Minderheit dar, und sie **haben bei der überwiegenden Mehrheit der Muslim:innen keinerlei Rückhalt oder Unterstützung**. Hier wie auch bei vergleichbar problematischen oder gefährlichen Phänomenen in anderen gesellschaftlichen Bereichen sind in erster Linie die Sicherheitsbehörden gefragt und gefordert.

Wir sehen gravierende Hemmnisse und Probleme beim gesellschaftlichen Umgang mit dem in der Bevölkerung gelebten Islam:

Muslimischem Leben wird in der nichtmuslimischen Gesellschaft, in den Medien, in der Politik oft mit einem **generalisierten Misstrauen** und mit **Fremdheitsgefühlen** begeg-

net – mit Auswirkungen bis in den Bereich persönlicher Begegnung hinein. In der hiesigen Gesellschaft sind viele Muslim:innen zugleich mit Erfahrungen von **Marginalisierung** und **antimuslimischem Rassismus** konfrontiert.

Auch Muslim:innen, die in zweiter oder dritter Generation in Deutschland leben, die sich mit Überzeugung als Bürger:innen des deutschen Rechtsstaats verstehen und vielfältig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, erleben immer wieder, dass sie wegen ihrer Religion unter Generalverdacht gestellt und diskriminiert werden. Dieser Eindruck speist sich aus Alltagserfahrungen und wird verstärkt durch entsprechende Medienberichterstattung und politische Äußerungen sowie durch spezifische Hemmnisse für Initiativen aus dem muslimischen Raum.

Dahinter steht oft **fehlende Akzeptanz für öffentlich auftretende Religiosität ganz allgemein**. Dies wirkt sich gegenüber Erscheinungsformen eines sichtbar gelebten Islam wegen ihrer Häufigkeit und zugleich empfundener Fremdheit besonders stark aus.

Dies verbindet sich mit einer verbreiteten, medial verstärkten **Tendenz zur Bildung von Klischees und negativ aufgeladenen, stigmatisierenden Stereotypen**. Gern gezeigte Bilder sind dann junge Frauen mit Kopftuch, betende Männer von hinten und in ungünstigen Positionen, orientalisch-fremdartig anmutende Gesten, Redeformen, Kleidung.

Seit der Erschütterung durch die islamistisch motivierten Anschläge des 11.9.2001 – „Nine-eleven“ – gibt es in der öffentlichen Wahrnehmung und in der publizistischen Darstellung problematischer Vorgänge häufig eine **Engführung auf das vermeintlich verbindende Merkmal Islamzugehörigkeit**. So wird dann zusammenfassend von „Muslimen“ gesprochen auch da, wo es vorrangig um kulturelle Phänomene und Probleme geht und nicht um religiöse. Manchmal werden Konflikte aus den Herkunftsländern aufgegriffen und auf die Muslim:innen und die islamischen Organisationen in Deutschland übertragen. Immer wieder ist zum Beispiel zu beobachten, dass Demonstrant:innen aus bestimmten Regionen pauschal als muslimisch bezeichnet werden.

Muslim:innen werden in ihrem Umfeld häufig für islamistisch motivierte Gewalt oder andere problematische Äußerungsformen mit islamistischem Hintergrund in Mithaftung genommen oder mit **Distanzierungsforderungen** konfrontiert, obwohl diese Geschehnisse mit ihnen selbst und ihrem gelebten Glauben gar nichts zu tun haben; und dies schon als Kinder und Jugendliche und mit der generalisierenden Anrede: „ihr Muslime“.

Bei manchen Muslim:innen führt dies im Gegenzug zu einer Betonung der eigenen Identität als bekennende Gläubige in demonstrativ geäußertem Gegensatz zu Nicht-Muslim:innen, ggfs. auch zu anderen muslimischen Kräften. Wo derartiges öffentlich oder z. B. an Schulen herausfordernd und mit Absolutheitsanspruch in Erscheinung tritt, wird es leicht verallgemeinert und bestimmt die Gesamtwahrnehmung.

Daneben gibt es, statistisch gesehen aber in noch viel geringerer Zahl, **Prozesse islamistischer Radikalisierung bei Einzelnen oder in bestimmten Kontexten**. Diese dürfen jedoch nicht der Gesamtheit der Muslim:innen angelastet werden. Es ist auch

nicht primäre oder gar alleinige Aufgabe „der Muslime“, derartige Prozesse zu verhindern – so sehr sich viele auch präventiv in dieser Hinsicht einsetzen, z. B. in der Jugendarbeit. Die individuellen Hintergründe und Ursachen solcher Prozesse liegen zudem vielfach nicht vorrangig im religiösen Bereich. Welche Rolle Diskriminierungserfahrungen spielen, ist von Fall zu Fall verschieden.

In der medialen Berichterstattung werden immer wieder **Negativ-Etikettierungen wie „Salafismus“ oder „Radikal-Islamismus“** auf muslimische Akteur:innen übertragen, bei denen das überhaupt nicht zutrifft, sondern die beispielsweise einen konservativen Islam vertreten. Dies geschieht teils klischeehaft und aus mangelnder Sachkenntnis. Doch auch bei einigen der vermeintlichen oder selbsternannten „Expert:innen“ in der Berichterstattung und beim Verfassungsschutz lässt sich derartiges beobachten.

Als Anlass und als Beleg für solche Verdächtigungen fungieren oft **Kontaktschuld-Vermutungen** aufgrund einfacher Begegnungen und Kontakte des oder der Betroffenen mit kritisch gesehenen Personen oder Organisationen. Dabei müssen diese keineswegs für inhaltliche Übereinstimmung oder praktische Zusammenarbeit stehen. Sie können sich im gesellschaftlichen Verkehr unterschiedlicher muslimischer Gruppierungen genauso ergeben wie in anderen Teilen der Gesellschaft. Für die so unter Verdacht Gestellten hat aber etwa die Nennung durch den Verfassungsschutz gravierende Folgen, z. B. durch Benachteiligung bei Behörden-Entscheidungen oder durch wiederkehrende und sich selbstreferentiell verstärkende und festsetzende Erwähnung in den Medien.

Ebenso problematisch ist es, wenn muslimischen Akteur:innen **Äußerungen und Aktivitäten aus länger zurückliegender Zeit** immer wieder vorgehalten werden, auch wenn Äußerungen und Engagement der betreffenden Personen seither eine gänzlich andere Sprache sprechen, auch wenn frühere Fehler eingestanden und öffentlich korrigiert wurden und selbst wenn die Verdächtigungen inzwischen als bloße, unbewiesene Verdachtsberichterstattung gerichtlich untersagt wurden. So können unzutreffende Medienberichte und Verfassungsschutz-Einschätzungen den Betroffenen noch Jahre nach gerichtlich abschließender Klärung anhängen.

Im politischen Raum und auch in der Zivilgesellschaft begegnet oft erhebliche **Unsicherheit in der Einschätzung muslimischer Akteur:innen**, die man nicht persönlich kennt. Aus Besorgnis, versehentlich in kompromittierende Situationen zu geraten und damit angreifbar oder zum Objekt negativer Berichterstattung zu werden, vermeidet man entsprechende Kontakte. Zur Begründung werden dann diffuse Befürchtungen geäußert, Islam könne doch als „Deckmantel“ für anderweitige problematische Bestrebungen fungieren; oder: da sei doch irgendwas gewesen, darum sei man lieber vorsichtig.

Solche **Befürchtungen schränken die Möglichkeiten ein, sich aus persönlicher Begegnungserfahrung eigene Eindrücke zu verschaffen**. Teilweise wird sogar gegenüber weiten Teilen der muslimischen Communities von vornherein der Kontakt verweigert.

Zugleich begegnen im politischen Raum, in den Medien, bei Akteur:innen der Zivilgesellschaft und auch der Kirchen **unrealistische Erwartungen** gegenüber den muslimischen Communities und ihren Organisationen. Da wird von „den Muslimen“ verlangt, sich öffentlich zu Dingen zu verhalten oder sich in bestimmter Weise für eigene Belange einzusetzen, obwohl es eine solche einheitliche Gesamtgruppe der Muslime mit verbindlicher Repräsentanz gar nicht gibt. Oder es wird verlangt, dass als wünschenswert angesehene Entwicklungsprozesse in muslimisch und zugleich kulturell spezifisch geprägten, migrantischen und postmigrantischen Milieus sich innerhalb weniger Jahre vollziehen sollen.

Hierbei wird leicht übersehen, dass Prozesse der Anpassung an tiefgreifende kulturelle Veränderungen und die Aufnahme neuer Sichtweisen auch in den christlichen Kirchen und ebenso in säkularen gesellschaftlichen Milieus oft sehr viel länger gebraucht haben, z. T. über mehrere Generationen hinweg, von der Öffnung für naturwissenschaftliches Denken über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern bis zur Akzeptanz und Bejahung unterschiedlicher sexueller Identitäten.

Und es wird oft, im Vergleich mit anderen Religionsgemeinschaften, mit zweierlei Maß gemessen.

Wir bieten an:

Kontaktvermittlung zu muslimischen Akteur:innen, damit Interessierte sich selbst ein Bild machen können.

Hintergrundinformationen für Medien, Politik und Interessierte.

Beratung muslimischer Partner:innen, ggfs. Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Projekte.

Einladung zur Teilnahme an unseren monatlichen Treffen mit unterschiedlichen muslimischen Akteur:innen.

Teilnahme an Diskussions- und Bildungsveranstaltungen.

Wir engagieren uns:

Wir suchen das Gespräch mit politischen Akteur:innen und Multiplikator:innen.

Wir widersprechen falscher oder grob einseitiger, polemischer **Medienberichterstattung** und **klären über Sachverhalte und Hintergründe auf.**

Wir widersprechen bei aus unserer Sicht problematischen **Entscheidungen** und Maßnahmen von Behörden oder politisch Verantwortlichen und unterstützen die Entscheidungsfindung mit Informationen.

Wir setzen uns ein für **institutionelle und strukturelle Verbesserungen**, die der Teilhabe von Muslim:innen am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben dienen:

- Einrichtung und Weiterentwicklung von muslimischen Seelsorgeangeboten in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Haftanstalten, Telefonseelsorge
- Bildungsangebote für Muslim:innen und übergreifend – schulisch und außerschulisch
- Interreligiöse Begegnungsmöglichkeiten
- Islamausbildung in Deutschland
- Entwicklung eigenständiger muslimischer Organisation im Rahmen der freien Wohlfahrtspflege
- Muslimische Präsenz z. B. in Rundfunkräten
- Schaffung von wohnortnahen, einladenden Begräbnisflächen für Muslime
- Suche nach geeigneten, zur historisch gewachsenen Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland passenden Rechtsformen analog der von Körperschaften des öffentlichen Rechts, um die vom Grundgesetz den Religionsgemeinschaften eröffneten Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten besser nutzen zu können.

Kontakt:

Ohne Unterschiede e. V.

Martin Germer, Uhlandstraße 144, 10719 Berlin

Tel. 0170 434 43 86

Mail: mgermer@web.de